

## Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag **Agenda für die Fleißigen: Konjunkturunbruch verhindern - Wachstum ermöglichen**

Deutschland stand 2018 kurz vor einer Rezession. Für 2019 rechnet die Bundesregierung nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von einem Prozent, der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK) lediglich mit 0,9 Prozent. Im Bundeshaushalt klafft schon ein Milliardenloch, trotz Rekordeinnahmen des Staates in den letzten Jahren. Wir stellen fest: Für die schwächelnde Konjunktur ist die Bundesregierung mitverantwortlich. Schuld an der abflauenden Konjunktur haben nicht nur der Brexit oder der internationale Handelsstreit, sondern das Unvermögen der Bundesregierung, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Die falsche Wirtschaftspolitik der Großen Koalition nimmt den Unternehmen und den Bürgern die Luft zum Atmen. Seit Jahren arbeiten die Unternehmen mit einem hohen Auftragsbestand an der Kapazitätsgrenze. Das Wachstum in Deutschland stößt angebotsseitig an Grenzen. Die Bundesregierung erhöht aber weiterhin mit Maßnahmen wie dem Baukindergeld oder der Ausweitung der Mütterrente die nachfrageseitigen Impulse. Um Wachstum in der Zukunft zu ermöglichen, müsste sie die digitale Infrastruktur auf den neuesten Stand bringen, die Energiewende endlich marktwirtschaftlich organisieren und unternehmerische Freiräume verbessern.

Auch dem Arbeitsmarkt wird schrittweise die Anpassungsfähigkeit an Hoch- und Tiefs in der Konjunktur genommen. Stabiles Wachstum und höhere Löhne lassen sich aber auf Dauer nur über höhere Produktivität erzielen, mit der Vollkaskopolitik der Bundesregierung in der Arbeits- und Sozialpolitik lässt sich dies nicht erreichen. Die Bundesregierung hat kein Mittel den Abwärtstrend der Arbeitsproduktivität zu stoppen. Wir investieren falsch, wenn wir es als Volkswirtschaft nicht schaffen, unsere Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Wir stellen fest: Die Bundesregierung gefährdet den Wohlstand in Deutschland.

Die Regierung plant noch Schlimmeres. Die Wirtschaftsweisen haben die Bundesregierung aufgefordert, auf eine lenkende Industriepolitik zugunsten einzelner Unternehmen und Technologien zu verzichten und stattdessen an der Sicherstellung einer guten Infrastruktur und eines funktionierenden Wettbewerbs zu arbeiten. Getrieben von der Angst vor China und den Konjunkturabschwung vor Augen verabschiedet sich die Bundesregierung

stattdessen mit der „Industriestrategie 2030“ von den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und plant die Aufweichung des Kartellrechts und Staatsbeteiligungen an Unternehmen. In der Industriestrategie werden dem Staat allwissende Fähigkeiten zugesprochen, der die Technologien und Unternehmens-Champions der Zukunft erkennt, fördert und schützt. Wir stellen fest: Die Bundesregierung verliert das Vertrauen in die Marktwirtschaft und den Mittelstand.

### **Marktwirtschaftliche Erneuerung schafft Wohlstand für alle**

- **Wettbewerb und faire internationale Spielregeln verteidigen**  
Wir stellen fest: Nur wettbewerbsfähige Unternehmen können auf dem Weltmarkt bestehen. Großunternehmen unter staatlichen Schutz zu stellen bringt bei unfairen Wettbewerbsbedingungen nichts. Deshalb sind die Vorschläge der Bundesregierung das Kartellrecht aufzuweichen der falsche Weg. Industriepolitische Fehlschläge und staatliche Interventionen wie bei Salzgitter, Cargolifter, Holzmann, Opel, Quelle, Transrapid oder Air Berlin müssten eigentlich als abschreckende Beispiele ausreichen. Auch die Abschottung gegen Direktinvestitionen aus Drittstaaten schadet dem Standort Deutschland. Die industriepolitischen Forderungen werden durch die Angst vor China gespeist. Früher hat China deutsche Produkte kopiert. Heute will die Bundesregierung Chinas Wirtschaftssystem kopieren. Die Industriestrategie der Bundesregierung ist ein gefährlicher Irrweg Richtung Planwirtschaft.

Unsere Lösung: Strengere Subventionskontrolle in Europa, handelspolitische Maßnahmen und einen regelbasierten Freihandel als Antwort auf die Herausforderung durch China. Eine europäische Ministererlaubnis, um Entscheidungen der EU Generaldirektion Wettbewerb zu überstimmen, lehnen wir ab. Wir wollen das EU-Beihilferecht auf Subventionen außerhalb der EU anwenden und einen weltweiten Subventionswettbewerb verhindern. Anstatt auf Großunternehmen und Marktkonzentration zu setzen und dadurch systemische Risiken aufzubauen (Stichwort: „too big to fail“) müssen wir Risiken erkennen und abbauen. Deshalb brauchen wir einen Mechanismus für die Bewertung allgemeiner systemischer Risiken, die uns vor planwirtschaftlichen Großprojekten schützen soll.

- **Freihandel schafft Frieden und Wohlstand**  
Wir stellen fest: Die Demontage und Blockade der Welthandelsorganisation (WTO) durch eine Vielzahl von Staaten ist ein enormes Risiko für die Weltwirtschaft. Die Liberalisierung der Märkte

für Güter und Dienstleistungen hat der Menschheit seit Mitte des 20. Jahrhunderts Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gebracht. Sie hat auch zum globalen Frieden einen wichtigen Beitrag geleistet, nicht zuletzt durch immer engere Handelsbeziehungen zwischen früheren Feinden. Die WTO ist der Garant für den auf Regeln basierenden Freihandel. Ihr globales Regelwerk und die Streitschlichtung haben sich bewährt.

Unsere Lösung: Abschaffung aller Zölle, der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und den Abbau aller handelsverzerrenden Subventionen. Der regelbasierte Freihandel und eine starke WTO sind die Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb weltweit und kommen allen Beteiligten zugute.

- **Bürokratieabbau entlastet Bürger und Unternehmen**

Wir stellen fest: Bürokratie und Überregulierung rauben den Bürgern und Unternehmen Zeit, Energie und Geld. Neben dem Fachkräftemangel und den Steuern stellt die Bürokratie eine der größten Hürden für die deutschen Unternehmen dar, trotz der im Jahr 2015 eingeführten Bürokratiebremse „One in, one out“. Dennoch halten Union und SPD an der Bürokratiebremse in ihrer jetzigen Gestalt fest. Dabei könnte Bürokratie effektiver abgebaut werden. Derzeit wird bei der „One in, one out“-Regel weder der einmalige Erfüllungsaufwand berücksichtigt, noch wird sie auf die 1:1-Umsetzung von Europarecht angewendet. Aus der 1:1 Umsetzung von Europarecht entstand seit 2015 eine zusätzliche – bislang unberücksichtigte – Belastung von 435 Mio. Euro für die Wirtschaft. Der einmalige Erfüllungsaufwand für die Unternehmen betrug in den letzten drei Jahren 3,4 Mrd. Euro. Das ist Geld, das die Unternehmen sonst an anderer Stelle investieren könnten.

Unsere Lösung: Bürokratie muss endlich effektiv abgebaut werden. Dazu muss die Bürokratiebremse weiterentwickelt werden in „One in, two out“, sowie den einmaligen Erfüllungsaufwand berücksichtigen und auch bei der 1:1-Umsetzung von Europarecht angewendet werden.

- **Digitalisierung der Verwaltung**

Wir stellen fest: Deutschland hängt bei der Digitalisierung der Verwaltung hinterher. Beim Digital Economy and Society Index der EU erreicht Deutschland im Bereich Digital Public Services nur Platz 21 von 28. Und macht seit Jahren nur geringe Fortschritte. Dabei bietet eine digitale Verwaltung und damit einhergehende effizientere Verwaltungsstrukturen zahlreiche Entlastungsmöglichkeiten für den

Bürger, die Unternehmen und den Staat. Zwar verpflichtet das Online-Zugangsgesetz (OZG) den Bund und die Länder, bis 2022 sämtliche Leistungen der Verwaltung auch digital anzubieten. Die Umsetzung des OZG läuft jedoch schleppend voran, viele dieser Projekte sind noch gar nicht in Angriff genommen worden. Das ist ein Armutszeugnis, denn moderne Verwaltungsleistungen sind ein wichtiger Standortfaktor und tragen zum Abbau bürokratischer Belastungen bei. Laut eines Gutachtens des Normenkontrollrats würde die Digitalisierung der Top-30 Verwaltungsleistungen für Unternehmen zu einer jährlichen Entlastung von mindestens 1 Mrd. € führen. Die Bürger könnten durch die Digitalisierung der Top-35 Verwaltungsleistungen sogar um 1,4 Mrd. € jährlich entlastet werden. Statt sich des Themas anzunehmen, die Digitalisierung voranzutreiben und zwischen den Ländern stärker zu koordinieren, übt sich die GroKo in Untätigkeit und lässt die Länder ihr eigenes Süppchen kochen.

Unsere Lösung: Die Digitalisierung der Verwaltung muss endlich oberste Priorität haben. Statt weitere Gremien einzurichten und die Umsetzungsstrukturen aufzubauen, muss nun endlich das OZG zügig, praxisnah und nutzerfreundlich umgesetzt werden und dabei auch die Wirtschaft an Bord geholt werden. Denn ansonsten droht die Gefahr, dass sich die bereits bestehende Digitalisierungslücke zwischen Wirtschaft und Verwaltung weiter vergrößern wird.

- **Gründerkultur stärken**

Wir stellen fest: Gründungen sind die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und gelten als Treiber von Innovation. Neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen auch neue Arbeitsplätze. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland seit Jahren kontinuierlich zurückgeht. Seit dem Jahr 2001 hat sich die Gründungsquote (Anzahl der Gründer bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) in Deutschland mehr als halbiert (ist um 63% gesunken). Damit sank sie im vergangenen Jahr auf ein Rekordtief von 1,1% Gründerinnen und Gründer. Die Bundesregierung unternimmt zu wenig, um eine Trendwende einzuläuten.

Unsere Lösung: Wir wollen Gründungen in Deutschland aktiv fördern, damit Deutschland ein attraktiver Standort für Gründer bleibt. Unternehmensgründungen wollen wir erleichtern, etwa mit der Einführung eines bürokratiefreien Jahres. Mit einem Wagniskapital-

Gesetz und einem Nationalen Zukunftsfonds wollen wir Start-ups in der Wachstumsphase die Beschaffung von Kapital zu erleichtern. Wir wollen mehr Spielraum für private Kapitalsammelstellen, die auch in Start-ups investieren können. Neue, innovative Geschäftsmodelle müssen eine Chance haben, sich zu etablieren, z.B. durch flexiblere und offenere Regelungen bzw. die Etablierung moderner Regelungsrahmen.

- **Digitale Wertschöpfungsnetzwerke in der Industrie 4.0 aufbauen**

Wir stellen fest: Die USA und China haben bei digitalen Dienstleistungen für Konsumenten einen Vorsprung. In den Bereichen Industrie 4.0 und digitalen B2B-Industrieplattform nehmen derzeit deutsche Unternehmen eine Vorreiterrolle ein. Diese Vorreiterrolle ist jedoch begrenzt auf eine kleinere Anzahl an innovativen Unternehmen. Die OECD hat in mehreren Studien festgestellt, dass die Verbreitung von digitalen Innovationen von führenden Unternehmen in die Breite noch nicht stattfindet. Es fehlt an Fachkräften, schnellem Breitband-Internet, aber auch bei der Nutzung von Cloud-Computing hinkt Deutschland hinterher.

Unsere Lösung: Schnelles Internet muss oberste Priorität sein. Die lokalen 5G-Frequenzen für Unternehmen müssen schnellstmöglich in die Vergabe und die Gebühren dafür auch für mittelständische Unternehmen tragbar sein. Der EU-Binnenmarkt muss für Produkte und Fabriken der Industrie 4.0 vertieft werden. Forschung und Entwicklung muss vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen gefördert werden, um bei den digitalen Wertschöpfungsketten den Anschluss zu finden. Europäische Standards müssen für cyber-physische und autonom handelnde Systeme gelten, damit keine Gefährdung für Menschen entsteht.

- **Digitale Freiheitszonen einrichten**

Wir stellen fest: Digitale Freiheitszonen schaffen in Deutschland die Verwaltung nicht ab, sondern transferieren sie ins 21. Jahrhundert. Wir wollen Entwicklungsschritte überspringen und eingefahrene Pfade durch disruptive Lösungen verlassen, indem wir Verwaltungsprozesse nicht nur modernisieren, sondern radikal umgestalten und digitalisieren. Gründungen können in digitalen Freiheitszonen durch blockchainbasierte Finanzierungsformen erleichtert werden. Wir schaffen dadurch neue Finanzierungsmöglichkeiten für Gründer in Experimentierräumen. Dadurch entstehen digitale Eigentumsrechte ohne die Vielzahl von Vermittlungsinstitutionen.

Unsere Lösung: In digitalen Freiheitszonen sollen digitale Währungen neben dem Euro nutzbar sein. Digitale Währungen könnten aufbauen auf den blockchainbasierten Finanzierungsformen. In digitalen Freiheitszonen erhalten einkommens- und körperschaftsteuerpflichtige Unternehmen Sonderabschreibungsmöglichkeit und Investitionszulagen. Alle digitalen Freiheitszonen werden flächendeckend mit 5G-Mobilfunk und Breitbandinternet ausgestattet sein.

- **Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine moderne Unternehmensbesteuerung sicherstellen**

Wir stellen fest: Der internationale Steuerwettbewerb ist real. Nicht nur in den Vereinigten Staaten wurden die Unternehmenssteuersätze gesenkt. Gleiches gilt für Großbritannien, Frankreich und viele weitere Länder. Darüber hinaus wurden die Abschreibungsbedingungen für Investitionen erheblich verbessert. Deutschland gehört nun zu den Ländern mit den höchsten Steuersätzen für Unternehmen. Es muss daher unser Ziel sein, die Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen auf maximal 25 Prozent (wie in Frankreich) zu senken, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Unsere Lösung: Den Körperschaftsteuersatz wollen wir von derzeit 15 auf höchstens 12,5 Prozent senken und dabei die Gewerbesteuer abschaffen. Diese wollen wir durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer, sowie durch einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzen, sodass die Kommunen keinen finanziellen Nachteil erleiden.

- **Entlastung der Bürgerinnen und Bürger endlich umsetzen**

Wir stellen fest: Die Steuerbelastung der Menschen in Deutschland ist zu hoch und zu anreizfeindlich. Von jedem verdienten Euro, behält der Staat zu viel an Steuern und Sozialabgaben - und das nicht nur bei großen Einkommen, sondern auch bei Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Es ist an der Zeit, politische Versprechen einzulösen, die Menschen an den Wohlstandsgewinnen zu beteiligen, und ihnen zu ermöglichen, ihre Träume auch zu finanzieren.

Unsere Lösung: Wir wollen die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 1.1.2020. Gleichzeitig fordern wir den Einstieg in die Abschmelzung des Mittelstandsbauchs, um damit eine spürbare Entlastung bei der Einkommensteuer, vor allem bei kleinen und mittleren Einkommen, zu erreichen. Und wir sprechen uns aus für die

Einführung eines flexiblen Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum bis zum Wert von 500.000 Euro aus, damit sich die ganz normale Familie der Mittelschicht ein Häuschen am Stadtrand wieder leisten kann.

- **Energie- und Klimapolitik braucht Marktwirtschaft und Europa**

Wir stellen fest: Deutschland hat die höchsten Haushalts- und Industriestrompreise in Europa. Das ist nicht nur eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein Nachteil für Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Über die Hälfte der Strompreise sind dabei staatlich bestimmte Kostenbestandteile wie die EEG-Umlage oder Netzentgelte. Die Bundesregierung hält jedoch an ihrer Politik fest, den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterhin auf Kosten der Stromkunden zu subventionieren. Und das, obwohl die Erneuerbaren mittlerweile für 38% der Energieerzeugung stehen. Mit ihren Plänen für den dringend benötigten Stromnetzausbau ist die Bundesregierung dramatisch im Verzug: Von den 7700 km sind noch nicht einmal 1000 km realisiert. Im dritten Quartal 2018 kamen ganze 23 km hinzu. Die Netzengpässe verteuern zunehmend den Erhalt der Netzstabilität. Mit dem planwirtschaftlichen Kohleausstieg kündigt sich der nächste nationale Alleingang in der Energie- und Klimapolitik an, der Steuerzahler und Stromkunden mit über 100 Milliarden Euro in den nächsten 20 Jahren zu belasten droht.

Unsere Lösung: Wir brauchen eine auf das Ziel der Emissionsminderung ausgerichtete Energie- und Klimapolitik. Ein marktwirtschaftlicher, europäischer Ansatz ist dabei essentiell. Nationale Alleingänge müssen überwunden werden, marktwirtschaftlich und europäisch. Der Kohleausstieg steht durch den Europäischen Emissionshandel bereits fest. Wir möchten den Emissionshandel stärken und auf weitere Sektoren ausweiten. Als Maßnahme gegen hohe Strompreise wollen wir die Stromsteuer ab 2021 auf das EU-Mindestmaß senken. Denn die Stromsteuer entfaltet keinerlei ökologische Lenkungswirkung mehr und dient nur als staatliche Einnahmequelle.

## **Zukunftsfähige Arbeitsmarktpolitik statt Rückwärtsrolle**

- **Fachkräftemangel effektiv angehen**

Wir stellen fest: Der Fachkräftemangel wird immer akuter: Laut einer aktuellen Studie des IW Köln verringert sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland durch den Engpass beim qualifizierten Personal um jährlich fast ein Prozent. Bis zu 30 Milliarden Euro könnte die

Wirtschaftsleistung höher ausfallen, heißt es in der Untersuchung. Um den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zu decken, benötigt Deutschland nach Studien der Bertelsmann-Stiftung in den kommenden Jahren mindestens 260.000 Einwanderer pro Jahr, davon alleine 150.000 aus Nicht-EU-Staaten. Dieser akute Mangel wird von der Groko sogar noch weiter vertieft, etwa durch massive Frühverrentungswellen bei der Rente mit 63 (bisher 1,2 Millionen Anträge). Die dringend benötigte Fachkräftezuwanderung aus Drittstaaten wird zudem durch den untauglichen Minimalkonsens zum sog. Fachkräfteeinwanderungsgesetz im Kern abgewürgt. Selbst bei großzügiger Schätzung werden von der Bundesregierung maximal 22.000 Fachkräfte erwartet, was nicht einmal 15 Prozent der Lücke decken würde

Unsere Lösung: ein modernes Zwei-Säulen-System mit Punktesystem nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer wie etwa Kanada, d. h. Weiterentwicklung der Blue Card, echter Spurwechsel mit klaren Kriterien, einfachere Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen, Stärkung der Zuwanderung bei der Ausbildung sowie Erleichterung der Einwanderung von Selbständigen.

- **Arbeitszeitgesetz modernisieren und mobiles Arbeiten ermöglichen**

Wir stellen fest: Wirtschaft und Gesellschaft werden derzeit vom digitalen Wandel in ein neues Zeitalter katapultiert, während sich auf der politischen Ebene wenig bewegt. Besonders mit den starren Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes wird der digitale Wandel der Arbeitswelt verschlafen und gefährdet. Hier bedarf es verbindlicher und innovativer Regelungen durch den Gesetzgeber statt mutloser „Experimentierräume“. Es geht darum, die Chancen zu vergrößern, passgenaue Arbeitszeitmodelle zu finden.

Unsere Lösung: ein Arbeitszeitgesetz, das durch die Einführung einer Wochenarbeitszeit die Spielräume ausnutzt, welche die EU-Arbeitszeitrichtlinie den Mitgliedstaaten einräumt. Es soll niemand mehr arbeiten müssen oder weniger Pausen machen dürfen als zuvor, aber es sollen alle flexibler die Arbeitszeit unter der Woche einteilen können. Zudem: ein Recht auf Homeoffice. Wir wollen die Debatte umdrehen: Nicht der Wunsch nach Homeoffice soll begründungsnotwendig sein, sondern die Ablehnung desselben. Homeoffice geht nicht immer und überall. Aber wo es geht und gewünscht ist, sollte es auch ermöglicht werden.

- **Regulierung des Arbeitsmarktes stoppen**

Wir stellen fest: Nach der umfassenden Regulierung der Zeitarbeit, der Rente mit 63 und der Einführung der sog. Brückenteilzeit plant die Groko weitere Belastungen. Die Änderungsvorschläge der Großen Koalition zur massiven Einschränkung der sachgrundlosen Befristung verspielen dringend notwendigen Flexibilitätsreserven der deutschen Wirtschaft. Das mag in Zeiten einer noch boomenden Wirtschaft gerade noch vertretbar erscheinen, wird sich aber bei einem wirtschaftlichen Abschwung bitter rächen.

Unsere Lösung: das Befristungsrecht ist dort anzupassen, wo es tatsächlich Missbrauch gibt. Angesprochen sind damit vor allem die Ketten- und Haushaltsbefristungen im öffentlichen Dienst. Es darf nicht sein, dass die teils bedenkliche Befristungspraxis des öffentlichen Dienstes Regulierungsreflexe auslöst, die im Endeffekt nur die privaten Arbeitgeber und damit die falschen Adressaten treffen.

## **Sozialstaat**

- **Grundsicherung modernisieren und ein liberales Bürgergeld einführen**

Wir stellen fest: Die Grundsicherung von heute (Arbeitslosengeld II/„Hartz IV“) ist keinesfalls perfekt. Anstatt die Menschen dabei zu unterstützen, möglichst schnell wieder finanziell auf eigenen Beinen stehen zu können, wirkt unser Sozialstaat an dieser Stelle heute oft wie ein Magnet, der Menschen in der Bedürftigkeit festhält. Die aktuellen Zuverdienst-Regeln machen es gerade denjenigen schwer, die sich selbst herausarbeiten wollen. Auf dem Weg in die Unabhängigkeit gibt es zu viele Stolperfallen.

Unsere Lösung: Die Grundsicherung muss endlich unbürokratischer, würdewahrender und vor allem chancenorientierter werden. Genau das ist der Gedanke unseres Liberalen Bürgergeldes. Es steht für eine trittfeste Leiter aus „Hartz IV“ heraus. Die Kernpunkte des Konzeptes sind erstens deutlich bessere Zuverdienstregeln, so dass von jedem hinzuverdienten Euro mehr behalten werden darf als bisher und Anreize zum Herauswachsen aus der Bedürftigkeit durch Ausweitung der Arbeitszeit geschaffen werden. Zweitens: Die Zusammenfassung von steuerfinanzierten Sozialleistungen (Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft, Kinderzuschlag, Wohngeld) für eine bürokratische Entlastung der Bürger sowie drittens eine Ausweitung des Schonvermögens.

- **Moderne Alterssicherung heißt Rente enkelfit machen**

Wir stellen fest: Die Rentenpakete der GroKo (Mütterrente I und II, Rente mit 63, Manipulation der Rentenformel, etc.) kosten Milliarden, von denen 90 Prozent aber gar nicht zielgenau gegen Altersarmut helfen. Die Kosten für diese Gießkannen-Politik liegen laut Rentenversicherung bis 2030 bei kumuliert einer Viertel Billion Euro! Allein im Jahr 2030 ergäben sich Mehrkosten von rund 70 Milliarden Euro. 2035 wären es schon 80 Milliarden Euro. Pro Jahr! Schon in dieser Legislaturperiode liegt der Beitragssatz zudem fast einen Prozentpunkt höher, als es ohne die beiden Rentenpakete (2014 und 2018) der Fall wäre. Das ist Geld, das gerade Geringverdienern schmerzhaft fehlt. Die neueste Idee der GroKo - die sogenannte Grundrente - würde die Grundprinzipien der Rentenversicherung verletzen und diesen falschen Weg fortführen. Sie hilft zudem nicht zielgenau gegen Altersarmut, schafft neue Ungerechtigkeiten und kostet den Steuerzahler zusätzlich mindestens 6 Mrd. Euro jährlich.

Unsere Lösung: Wir brauchen endlich einen wirklich flexiblen Renteneintritt - die aktuellen Regeln sind zu starr und nicht mehr zeitgemäß. In Schweden gilt etwa das einfache Prinzip: Wer früher geht, kriegt weniger. Wer später geht, erhält mehr Rente. Zudem müssen wir die private Altersvorsorge endlich attraktiver machen und zielgenau gegen Altersarmut vorgehen - zum Beispiel durch unsere Basis-Rente.

Ansprechpartner:

Michael Theurer MdB, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender  
Telefon: 030 227 - 79413 – E-Mail: michael.theurer@bundestag.de